

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE**

PPL 41 (Stadt) - OJA-Aufstockung

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2024
und 2025**

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.01	Hilfen f. junge Menschen und Familien(S)
Produktgruppe:	41.01.01	Kinder - und Jugendförderung (S)

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2024 um 100 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2025 um 300 Tsd. EUR erhöht.

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2024 um 50 Tsd. EUR reduziert.

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2025 um 100 Tsd. EUR reduziert.

II. In konkreter Umsetzung wird der kamerale Haushaltsplan wie folgt ergänzt bzw. geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	34	Jugend, Soziales und Integration
Kapitel:	3431	Allgemeine Bewilligungen für junge Menschen
Titel:	684 80-1	Zuschüsse an freie Träger für stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit (OJA, Projektförderung)

Der Anschlag wird für das Jahr 2024 von 1.368.000 EUR um 100.000 EUR auf 1.468.000 EUR erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2025 von 1.368.000 EUR um 300.000 EUR auf 1.668.000 EUR erhöht.

Die Deckung erfolgt durch Minderung des Anschlages

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	34	Jugend, Soziales und Integration
Kapitel:	3431	Allgemeine Bewilligungen für junge Menschen
Titel:	893 20-6	An freie Träger für die Herrichtung von Jugendclubs und Jugendräumen

Der Anschlag wird für das Jahr 2024 von 500.000 EUR um 50.000 EUR auf 450.000 EUR reduziert.

Der Anschlag wird für das Jahr 2025 von 500.000 EUR um 100.000 EUR auf 400.000 EUR reduziert.

Die restliche Deckung erfolgt durch Entnahme aus zentraler Stabilitätsrücklage bei der Haushaltsstelle 3980.359 80-7. Die konkrete Deckung wird im Rahmen der Schlussanträge dargestellt.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Mustafa Güngör und die Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Sofia Leonidakis und die Fraktion Die Linke